

Im Falle vierteljährlich bei zweimaliger Aufstellung 2,50 M., durch die Post 3,25 M., auswärts, Zustellungsgebühr. Bestellungen werden von allen Reichspostämtern angenommen.

Saale-Beitung.

werden die Hauptartikel besonders oder deren Raum mit 20 Pfg. solche aus Halle mit 20 Pfg. berechnet und in anderen Anzeigenstellen und allen Annoncen-Expeditionen angenommen.

Erscheint täglich einmal, Sonntags und Montags einmal

Redaktion und Druck-Veranstaltung: Halle, Gr. Sandb. 17; Verlagsbuchhandlung: Markt 24.

Schönbühlerstr. 17, 1873

Die Kampfesweise der Sozialdemokraten.

In der Flugblattverteilung leistet die Sozialdemokratie Bedeutendes. So werden denn jetzt wieder die Wähler mit einer wahren Flut von Schriften überhäuft. Ein solches Flugblatt bringt die bekannte Litanei. Die Schlagwörter: Marxismus, Militarismus, Kapitalistenstaat, Hurrapatrioten usw. gehören zum eisernen Bestand der Sozis. Wenn es dabei bleibt, mag es immer noch ansetzen.

Herr Pfauisch soll Magistratskandidat sein. Nicht lächerlicher als dies. Die Stadterordnetenwahlen werden hier außer von der Sozialdemokratie leider nicht nach politischen Gesichtspunkten gemacht. Die Auffassungen des Herrn Oberbürgermeisters Dr. Rine haben mit dem liberalen Verein nicht das Geringste zu tun. Und nun geht es mit bewährten Unwahheiten los. Die Fortschrittler werden als die Stützen der agrarischen Wirtschaftspolitik bezeichnet.

paragraph darin enthalten ist. Wären die Sozialdemokraten ehrlich, so müßten sie zugeben, daß die Freisinnigen für die Streichung gekämpft haben und auch jetzt noch der Meinung sind, das Geheh dementsprechend zu ändern. Mit den Notizen aber über vernünftige Politik zu reden, zumal mit denen von Halle, wäre vergebene Liebesmühen.

Nichts ist in den Flugblättern von dem politischen Massenstreik, dem Vaterlandsverrat, entfallen. Nichts von der Veberehrung des gesamten Eigentums in Staatsbesitz. Nichts von dem Schlaraffenlande, was man gewöhnlich Zukunftsstaat nennt.

„Und willst du nicht mein Bruder sein, So schlag ich dir den Schädel ein.“ Sozialdemokratische Politik ist keine Vernunftpolitik, sie ist Pfaffengebredch, Legendenbildung, Verhegung und unehrliche Kampfesweise dem politischen Gegner gegenüber.

Botschafter contra Präsident.

§ Paris, 2. Januar. Wie aus Washington gemeldet wird, hat das Fernbleiben des Doyens des diplomatischen Korps, des französischen Botschafters Jusserand, von dem Neujahrsempfange des Präsidenten Taft großes Aufsehen und Fortbeben hervorgerufen.

Der französische Botschafter Jusserand unternahm kurz vor Neujahr mit seiner Gattin eine Bergzugsreise nach Venona, und man glaubt, daß er diese Reise nur unternommen habe, um dem Empfange fernzubleiben. Jusserand gilt als einer der intimsten Freunde des früheren Präsidenten Roosevelt. Er hat mit dem Expräsidenten speziell häufig Tennis gespielt.

Angesichts der überaus großen Empfindlichkeit der Amerikaner gegen fremde diplomatische Einmischung in amerikanische Angelegenheiten kann dieser Zwischenfall dem französischen Botschafter über bekommen. Unter ähnlichen Umständen hat die Washingtoner Regierung 1888 die Abberufung des englischen Gesandten Sadielle-Wells beauftragt, der gleichfalls anlässlich einer Wahlenkampagne keine Sympatien für einen der beiden Kandidaten kundgegeben hatte.

„Held“ zur.

Seit Montag spricht man hier in allen Blättern nur von dem mutigen, dem patriotischen, dem ruhmvollen, dem heldenmütigen, dem genialen Hauptmann Lux, der aus Glatz gebrochen und nach Frankreich zurückgekommen ist. Kein Epitheton ist zu gering, als daß es dem Helden nicht angedeutet würde. Die Blätter widmen der Beschreibung der glänzenden Taten, wobei der heroischen Held die feindliche „Matin“ natürlich wieder oben steht.

lo scheint der Herr seine militärische Rolle nicht richtig gespielt zu haben, und indem er diesen Empfang durch die Agentur Havas anfündigen ließ, hat er wohlweislich die heißen Verpflichtungen vergessen, die jedem Mitgliede der Regierung obliegen. Wir befinden uns im Frieden und haben mit Deutschland, im Zustand eines hinteren Friedens allerdings nicht den nachdrücklichsten Verstoß, in einem Zustande des mehr als jemals bewaffneten Friedens ist Höchstes des berühmten Uebernehmens, das seinen Menschen in beiden Ländern zurechtfindet.

Eine neue Spur?

In Glatz ist die Aufmerksamkeits, der die Untersuchung führenden Beamten neuerdings auf den Umstand gelenkt worden, daß sich in Glatz Anfang Dezember ein französischer Spionager in niedergelassen hätte, der zusammen mit einem Engländer in Glatz Unterricht erteilen wollte. Dieser Mann logierte, wie der „Tag“ meldet, in demselben Hotel, aus dem Lux jetzt entlassen ist.

Aufforderung zur Spionage!

§ Aus Paris schreibt man uns: Folgendes gehängt zu werden verdient folgender Artikel aus der Feder des Obersten Moreau, den das „Echo de Paris“ veröffentlicht:

„Je besser man Deutschland und die deutsche Armee kennen lernt, desto mehr wird man der Überzeugung, daß Frankreich und die französische Armee sich in besserer Beschaffenheit befinden, um gegen Deutschland kämpfen zu können — solange wenigstens nicht die gefährliche Freimaurerbrüder die französische öffentliche Meinung getötet und die französischen Streitkräfte ruiniert hat. Gott sei Dank, sind wir noch da. Ob man nun will oder nicht, der große Krieg wird diesen oder jenen Tag ausbrechen. Vereinen wir uns also ernstlich auf ihn vor! Es ist von größter Wichtigkeit, daß eine möglichst große Zahl unserer Offiziere sich über den Wert der deutschen Armee, gegen die sie zu kämpfen haben werden, Klarheit verschaffen. Denn es ist notwendig, seinen Gegner kennen zu lernen. Das ist eine der hauptsächlichen Voraussetzungen zum Erfolg, das die Deutschen nicht außer Acht lassen. Warum erleideten wir unsere Offiziere nicht die Reisen nach Deutschland? Warum weihen wir sie nicht in direkter Weise auf diesen Weg hin? Eine Regierung, die wirklich die Interessen Frankreichs im Auge hat, wird nicht verfehlen, so zu handeln.“

Deutsches Reich.

Die Präsidentschaftsmöglichkeiten des neuen Reichstages.

Auf Grund einer Umfrage unter Politikern der bürgerlichen Parteien bringt die „Mil.-pol. Korrespondenz“ die Meldung, im „Hansa-Bund“ sowie in den liberalen Kreisen aller Schattierungen werde so bestimmt mit einem Großhaufen der Linken geredet, daß man schon der Präsidentschaftsfrage für den Reichstag näher getreten sei. Prinz Heinrich zu Schönaich-Carolath habe sich nur deshalb erneut zu einer Kandidatur im Kreise Guben-Witten verstanden, weil er der von den Nationalliberalen und dem Freisinn erforderte Präsident sei.

Vertical text on the left margin containing various numbers and small fragments.



Wahlprüfung allgemein und selbst von den politischen Gegnern als mangelhaft bezeichnet wird.

Die Guesener Erzbißhoffrage.

Aus Rom wird gemeldet: Die Zeitung „Stafette“ hat gemeldet, der Papst habe an den deutschen Kaiser ein Schreiben gerichtet, um ihm zu versichern zu geben, daß es Zeit sei, zu einer Lösung der Frage der Ernennung eines Erzbischofs von Posen zu kommen zu gelangen. (Dasu erzählt der „Osservatore Romano“ aus sehr sicherer Quelle, daß ein solches Dokument nicht existiere; die Nachricht der „Stafette“ entspreche jeder Begründung.)

Volkschule und Fortbildungsschule.

Seit einigen Jahren ist bei verschiedenen deutschen Unterrichtsverwaltungen eine größere Sorge für die Fortbildungsschule zu bemerken. Es zeigt sich vor der geistlichen Einleitung der Mädchenfortbildungsschule — Kultusminister Dr. Beck kündete das wichtigste Mitglied in der II. Kammer an —, und Preußen verfuhrte zu einer geistlichen Regelung seiner Fortbildungsschulwesens zu gelangen. Hier wie anderwärts werden für die Fortbildungsschulen derartige Mittel aus den Staatskassen flüssig gemacht.

Alles das ist erfreulich. Die Fortbildungsschule ist kein einseitiger Beschäftigt unseres Volksschulwesens und wird in einer Zeit, da sich allerorten tätiges Interesse für die Jugendpflege regt, auf besondere Beachtung und Wertschätzung rechnen dürfen. Sie aber als „Mittelpunkt unserer ganzen Volksschule“ — sollte wohl heißen: Volksschule — zu bezeichnen, wie es unzulänglich die wichtigste Kultusminister in der II. Kammer tat, das dürfte doch wohl sehr unangebracht zu sein, wenn es die Lehrer, als Arbeitgeber oder auch als Lehrer an der Fortbildungsschule besonders interessiert sind. Eins darf dabei wohl doch nicht übersehen werden: Die Volksschule, die die Jugend eine größere Reihe von Jahren und in der Woche eine weit größere Zahl von Stunden hat, legt den Grund. Nur da kann die Arbeit der Fortbildungsschule von bauerndem Erfolge sein, wo dieser Grund gelegt ist. Eine Fortbildungsschule, auf einer minderwertigen Volksschule aufbauend, wird bei aller bestmöglichen Fortfolge niemals große Fortschritte machen. Darum ist gerade bei solcher Fortfolge für die Fortbildungsschule, die natürlich auch nur auf feinen Fußnissen oder vermindert leben möchten, der Wunsch angebracht, daß darüber die entsprechende operierende Sorge für die Volksschule, die Grundlage der Fortbildungsschule, nicht vernachlässigt werde. Auch hier heißt es: das eine tun und das andere nicht lassen.

Ultramontane Zeitungspropaganda in einer Kirche. Wie die „Chemnitzer Post“ am 2. Dezember erzählt, wurden dort am letzten Sonntag in der katholischen Hofkirche Abendenort eine Einleitung auf die ultramontane „Sächsischen Volksschule“ verteilt. Es heißt darin, daß es „Pflicht eines jeden Glaubensgenossen“ sei, für die „gerechte Sache“ mitzuführen und auf bestmögliche Weise zu unterstützen. Die Angelegenheit wurde sofort im höchsten Landtag vorgebracht. Minister Dr. Beck befragte die Verteilung jener Einleitungen als einen „schweren Mißbrauch“, für dessen Abstellung er sorgen werde.

Die Dresdener Schachfeier, die unlängst beigelegt wurde, wird bald den sächsischen Landtag beschäftigen und dort vermutlich heftige Auseinandersetzungen veranlassen. Zur Debatte steht der auf Schach Wunsch erfolgte Umbau des Opernhausorchestraums, der zuerst erhöht, dann tiefer gelegt wurde. Diese Arbeiten, die zum Teil hätten vermieden werden können, haben erhebliche Unkosten verursacht. Ueber die verwandten Gelder steht dem Landtag die Kontrolle zu. Wie übrigens bestimmt verlautet, wird Schach im Herbst dieses Jahres in den Ruhestand treten.

Gegen einen Sozialdemokraten im Schulwesen. Der Rat der Stadt Wismar schloß die Einführung des von Bürgermeisters in den Vorstand der Gewerkschaften gewählten sozialdemokratischen Zylindermeisters Reinde als mit dem Hinzufügen: „Wegen seiner politischen Ansicht“.

Hof- und Personalnachrichten.

- * Der Kaiser folgte Montag 1 Uhr einer Einladung des Großadmirals von Trepitz zur Frühstückstafel. In Begleitung des Monarchen befand sich Prinz Heinrich.
- * Der Kronprinz wollte gestern abend die Kasse nach Berlin entzinsen. Im Gefolge befand sich Kammerherr v. Wehr und der persönliche Adjutant Major Graf Solms. Die Erklärung des Kronprinzen ist laut ganz behoben.
- * Landrat Prinz Friedrich Wilhelm von Preußen wurde zum Vorsitzenden des Ausschusses der Frankfurter-Wahlberechtigung — Nämper Hof-Kreisbau-Mitgliedern gewählt.
- * Zum Präsidenten des Eisenbahnenrats ist dem Vernehmen nach an Stelle des Ministerialdirektors Hoff der Präsident der Eisenbahndirektion Rattowitz, Sarre, zu seinem Vertreter der Oberkammerant Dätting-Rattowitz in Aussicht genommen.

Ausland.

Das neue China.

Flucht des chinesischen Hofes? London, 2. Jan. „Daily Telegraph“ erhält ein Telegramm aus Peking, wonach aus der Mandchurien entkommene Nachrichten die Flucht des Kaisers und der Kaiserfamilie nach China bestätigen, die sich angeblich auf dem Wege über Wladivostok nach allen Richtungen flüchten in der Nähe der mongolischen Grenze befinden. Sie sollen durch zwei Batolische Geheimschreiber begleitet und bereits in Sicherheit angekommen sein. Mit der vorliegenden Depesche erhält die Nachricht endgültige Bestätigung, daß das Ende der Mandchurien-Dynastie gekommen ist. Die Aussichten auf Errichtung einer Republik in China werden aber nicht mit großer Freude begrüßt. Man befürchtet nicht nur neue Bürgerkriege, sondern auch die Loslösung mehrerer Provinzen nach dem Beispiele der Mongolei. Interessant sind die Forderungen der Friedenskonferenz.

Die Republikaner verlangen in ihrer letzten Sitzung folgende Maßnahmen:
1. Solange über das künftige Regime in China keine endgültige Bestimmung getroffen worden ist, sollen sich die Mandchurien keine Verpflichtungen einer Art in dem Auslande enthalten.
2. Die Mandchurien sollen auf jeden Tage die Provinzen Schan, Schen, Suwei, Anhai und Kiang in verlassen.

Die Republikaner verpflichten sich, sie nicht auszugreifen und ihnen auch nicht zu folgen. Die Verwaltung dieser Provinzen soll während des vorübergehenden Zeitraumes in die Hände der Republikaner gelegt werden.

- 3. Die Nationalversammlung wird sich aus drei Vertretern jeder Provinz zusammensetzen oder jede Provinz soll durch drei Stimmen vertreten sein.
- 4. Die Verfassung ist vollständig bezogen, beschlußfähig, wenn die Vertreter von zwei Dritteln aller Provinzen beisammen sind.
- 5. Der Sitz der Nationalversammlung soll Schanghai sein.
- 6. Der Zeitpunkt der Tagung der Nationalversammlung wird auf den 8. Januar festgesetzt.
- 7. Wenn die Bedingungen angenommen werden, soll der Waffenstillstand verlängert werden. Tanghsia, der kaiserliche Bevollmächtigte, ärgerte nicht, die erste Bedingung anerkennen. Ueber die zweite entspann sich eine längere Debatte, die damit endete, daß man zugestand, die Mandchurien sollten sich dreißig Meilen von ihren jetzigen Stellungen zurückziehen, und zwar auf die Dauer von fünf Tagen, während die Republikaner ihre Stellungen nicht verlassen dürfen. Die Entscheidung über die anderen Punkte ist verfallen worden. Die Wahl von Dr. Sunyatsen zum Präsidenten ist nur vorläufig. Sie geschah mit 16 gegen eine Stimme und nicht einstimmig, wie offiziell gemeldet wurde. Wenn Sunyatsen den Präsidentenposten übernimmt, will man Sunyatsen zum Vizepräsidenten machen.

Das neue Kabinett wird.

Das Kabinett ist noch nicht gebildet. Der Großvezir Said Pascha legt seine Vorstellungen mit den gegenwärtigen und früheren Ministern fort. Es wird als richtig angenommen, daß die Minister des Auswärtigen, des Krieges und der Marine ihre Portefeuilles behalten. Talatpaşa soll das Portefeuille des Innern für den Augenblick ausgelassen haben. Es verläutet, im Senat sei eine der Regierung günstige Mehrheit für die Auflösung der Kammer vorhanden.

Die Kabinettskrise in Konstantinopel war schnell beigelegt, die tiefergehende Krise der ganzen inneren Politik der Türkei ist dadurch an sich nicht wesentlich vorwärts gebracht. Der Großvezir und der Kriegsminister, die beiden prädominanten Persönlichkeiten, stehen; das bedeutet, daß sie den Widerstand in der Kammer am letzten Samstag nur als eine formale, nicht als eine tatsächliche Niederlage ansehen. Die Politik des jungtürkischen Komitees soll also weiter die herrschende sein, es scheint künftig noch entscheidender als in den letzten Monaten die Geschicke des Osmanenreiches bestimmen zu sollen, es heißt, daß einer der radikalsten Führer des Komitees in das Kabinett eintreten werde. Die Frage ist, welchen Weg die neugegründete jungtürkische Regierung einschlagen wird. Das erste Ziel heißt offenbar Auflösung oder Suspension des Parlaments. Wird man dies in Uebereinstimmung mit der bisherigen Verfassung zu erreichen versuchen? Dann bedarf es eines „Parlaments“ im Senat. Oder neuere das Komitee, wie ihm schon lange nachgelagt wird, auf eine Art Militärdiktatur hin? Dann wäre jetzt der nächstliegende Moment zum Staatsstreich. Das sind Fragen, die sich aus der Entfernung kaum beurteilen lassen, über die aber wohl schon in recht kurzer Zeit die Entscheidung fallen wird. Viel bedeutsamer ist, vor allem für uns Angehörige, der Hintergrund dieses ganzen Verfassungskreises: warum denn besteht das Kabinett seine Politik auf dem einzigen Ziele, die Kammer für die Dauer des Krieges oder doch jedenfalls für längere Zeit loszumachen?

Wollen Said und Mahmud Scheffer, so fragt die „Freie Presse“, die Volkvertretung nach Hause schicken, um ungehindert in Friedensverhandlungen mit Italien eintreten zu können? Das ist die Vermutung, die unzulänglich am stärksten sich aufdrängt und die auch schon von verschiedenen Seiten geäußert worden ist. Daß auf beiden Seiten starke Gründe für eine baldige Beendigung des Krieges sprechen, versteht sich von selbst. Aber wir haben trotzdem sehr starke Zweifel, ob schon die Zeit gekommen ist, auf die Wiederherstellung des Friedens sich ernsthafte Hoffnungen zu machen. Die beiden einleitenden Persönlichkeiten des türkischen Kabinetts haben ja von Anfang keinen Glauben an die Möglichkeit der Verteidigung von Tripolis gehabt. Die Ereignisse haben ihren Klammern überhandnehmend desavouiert, aber es ist anzunehmen, daß der Großvezir und ebenso der Kriegsminister auch heute nicht zu den unentwegten Anhänger der Fortsetzung des Widerstandes gegen den italienischen Überfall gehören werden. Die Frage ist nur, wie viele sie Begleiter auf dem Wege zur Kapitulation finden können. Das jungtürkische Komitee hat seine erschütterte Stellung im Volk nur dadurch wieder befestigt, daß es mit aller Energie für den Kampf eintrat und in der Organisation des Widerstandes Aktivitäten auf sich nahm, die das Ministerium freilich vernachlässigt hatte. Man kann sich schwer vorstellen, daß dieses gleiche Komitee jetzt einem Friedensschluß zustimmen sollte, solange die Italiener noch auf türkischem Boden stehen. Es kann nicht Tripolis aufgeben, ohne seine politische Stellung aus ernsteste zu gefährden. Und weiter: würde das türkische Volk, würde vor allem die Armee den Verzicht auf die arabischen Provinzen ruhig hinnehmen? Selbst wenn die Türken ruhig ständen, von den atabeglichen Unterthanen des Sultans ist das mehr als unwahrscheinlich. Man scheint ja nun in Konstantinopel zu erwägen, ob durch einen Verzicht auf das eigentliche Tripolis und Syrien wenigstens die Grenzlinie bis friedlich zurückgewinnen ließe. Bei den Türken könnte die hohe Worte ein solches Kompromißvorschlag verweigern, bei der arabischen Bevölkerung der asiatischen Provinzen hingegen. Der allein werden aber die Italiener, jedenfalls heute, nicht daran denken, die wertvolle Hälfte des amnestierten Landes wieder herauszugeben. Sie haben sich zwar bisher nicht mit viel Rücksicht bedeckt, aber sie sind doch infolge ihrer Übermacht in der Nordsee. Uebrigens hat für sie jeder Friedensschluß nur der wirklichen Vernichtung des Feindes geringen Wert. Die Araber von Tripolis würden sich natürlich nicht um die Kapitulation der hohen Worte kümmern, auch die türkischen Offiziere würden wohl weiterkämpfen. Es ist eben nicht die Frage, die den Krieg in Nordafrika führt, deshalb kann von ihr allein auch nicht der Friede geschlossen werden.

Falsche Mobilisierungspanik. Aus London wird gemeldet: Durch die unklare Form einer neuen Armeereordnung wurde am Jahresende eine regelrechte Mobilisierungs-panik in England verursacht. Die neue Verordnung betrifft die Mobilisierung im Kriegsfall. Der Deutlichkeit halber wurden der Verordnung eine Umstellung für eine Eisenbahnkarte und für 3 Mark Spesen angehängt, allerdings mit dem deutlichen Aufdruck, daß die Verfügung nur im Fall einer Mobilisierung gültig ist. Die Form dieses Vermerks muß jedoch nicht unklar gewesen sein, denn eine große Anzahl von Reservisten aus allen Teilen des Landes lieferten über 3 März ein, nahmen ihr Eisenbahn-

billett und reisten in größter Aufregung Sals über Kopf nach ihren Geseßungsorten. Dort erst wurde der Irrtum in den Kassen aufgeklärt. Nun hat sich das Kriegsministerium gezwungen gesehen, ein energieloses De ment i gegen die Annahme zu erlassen, daß eine Mobilisierung geplant gewesen sei.

Die Lage in Berlin.

Aus Petersburg wird gemeldet: Die neuen Nachrichten aus Berlin laufen äußerst ungünstig. Infolge dessen veranlaßt der Minister des Innern die beschleunigte Entsendung von Truppenverbänden. Der Statthalter im Kaukasus entsandte zwei Schützenregimenter und eine Gebirgsbatterie.

Der Wahlkampf.

Eine Abgabe an Herrn von Heubrand.

8 Von konservativer Seite ist eine Aeußerung leider immer noch nicht erfolgt, ob dieser Partei nicht wenigstens die von uns angebotenen Gegenbedingungen für nationalistische Stützpunkte annehmbar erschienen, wonach ein unterthänigkeitsbedingter konservativer Stützpunktsabstand sich verpflichten soll, unter allen Umständen gegen die Schwärzung der kaiserlichen Rechte und gegen die Verletzung der Staatsautorität durch päpstliche Uebergriffe in die weltliche Hoheitsphäre aufzutreten. Dagegen liegt jetzt in den sonst so gern schwarzblauen „Berl. Pol. Nachr.“ eine Abgabe gegen Herrn von Heubrand vor, welche die meisten konservativen „Führer“ endlich die Augen darüber öffnen sollte, wohin sein vananquo-Spiel führt:

„Die neue Umgebung des konservativen Führers, Herrn v. Heubrand, für die Einführung des läckenlosen Zolltarifes, d. h. die Einführung von Milch, Kartoffeln usw. sollen hat in den industriellen Kreisen, die von jeder ein enges Zusammengehen zwischen Industrie und Landwirtschaft befürworten und beidseitig haben, nicht nur tiefe Verstimmung, sondern große Enttäuschung hervorgerufen. Es konnte nach allem, was vorangegangen war, und nach ganz klaren Raumgebungen maßgebender Industrieller nicht zweifelhaft sein, daß die deutsche Industrie zwar für Aufrechterhaltung des nationalen Schutzes und unserer heimischen Landwirtschaft eintritt, daß sie es aber ganz entschieden ablehnen muß, den ins Maßlose gehenden Forderungen, wie sie in dem sogenannten läckenlosen Zolltarif aufgestellt werden, zuzustimmen. In einer Zeit, in der die Folgen der desastrischen Sommer- und Herbstwitterung noch nicht überwunden sind, die Einführung solcher Zölle fordern, heißt nicht nur Wasser auf die Mühle der radikalen Parteien treiben, sondern auch eine große Zahl der Freunde des Wohls der nationalen Arbeit aus dem Mittelpunkte des freiheitlichen Lager hinausdrängen. Es gibt ja noch heute Politiker, die da meinen, je härter der Radikalismus im deutschen Reichstage — wenigstens der Kopfzahl nach — vertreten sein würde, desto eher lie eine „Besserung der Verhältnisse“ zu erwarten. Man braucht nicht erst zu sagen, wie sich diese Politiker die Besserung denken. Die weitaus größte Zahl ernster deutscher Patrioten würde aber eine solche „Besserung“ als ein nationales Unglück betrachten. Herrn von Heubrand's Hervortreten mit den oben angegebenen Forderungen beweist nur, daß der konservative Führer auf einen Weg gelangt ist, den die treuesten und bewährtesten Freunde der Landwirtschaft mit ihm nicht gehen können.“

Wir können diese Kennzeichnung der verheerenden Wirkungen der Heubrand'schen Weltpolitik nicht voll unterzeichnen. Es ist ein den landwirtschaftlichen Interessen gefährlicheres Treiben nicht gut denkbar, als es Herr von Heubrand entfaltet.

Kasse und Umgebung.

Seite 2, 3. Januar.

Von unsern Gasanstalten.

Nach einem Zeitraum minder günstiger Absatzverhältnisse ist im Berichtsjahre hinsichtlich der Entwidlung der Gasabgabe wieder ein Fortschritt zu verzeichnen gewesen. Infolge dessen ist auch in wirtschaftlicher Beziehung ein befriedigendes Ergebnis erzielt worden.

Der Reingewinn stellt sich auf 663 826,73 Mark, um 45 556,31 höher als im Vorjahre. Außer der Mehrerinnahme für Gas hat insbesondere noch die höhere Gasausbeute und die Verminderung der Kosten für die Retortenfeuerung zu dem günstigen Ergebnis beigetragen.

Während der Gasverbrauch im Vorjahre einen Minderbedarf von 25 668 Kubikmeter nachwies, ist im abgelaufenen Berichtsjahre gegen die vorjährige Abgabe eine Zunahme von 377 619 Kubikmeter oder 3,88 Prozent zu verzeichnen gewesen. Der weitaus größere Teil entfällt mit 224 065 Kubikmetern auf den Verbrauch für Koch-, Heiz- und gewerbliche Zwecke, nur 114 768 Kubikmeter an Leuchtgas, sowie 38 854 Kubikmeter auf den Bedarf der öffentlichen Straßenbeleuchtung. Beachtenswert ist, daß der Privatverbrauch für Leuchtgas, gegenüber der in den beiden vorangegangenen Jahren eingetretenen Einbuße trotz weiterer Kundenverluste an das Elektrizitätswerk wieder eine Steigerung erfahren hat. Hierzu hat das steigende Lichtbedürfnis und eine beträchtliche Vermehrung der Verbrauchsstellen vornehmlich in Neubauten Veranlassung gegeben.

Die Zahl der benutzten Gasometer erhöhte sich von 19 471 auf 20 774 Stück, die der im Gebrauch befindlichen Koch- und Heizapparate von 3522 auf 9794 Stück.

Die Kosten für die aus Anlaß der Kanalisation während der letzten fünf Jahre ausgeführten Gasleitungsarbeiten betragen sich auf 416 228,46 Mark; nach Abzug der aus dem Kanalbaufonds gezahlten anteiligen Beiträge und sonstigen Erstattungen von zusammen 91 203,84 Mark, fallen dem Gaswerk zur Last 325 024,62 Mark.

Die Mittel sind einem in dieser Höhe von der hiesigen Sparkasse gewährten Darlehen entnommen, das mit 3,6 Prozent zu verzinsen und mit jährlich 5 Prozent des Schuldbetrages zu tilgen ist.

Die Länge des gesamten Rohrnetzes beträgt 35 Millimeter weite Rohre 1305 Meter, 50 Millimeter weite Rohre 17 783,53 Meter, 60 Millimeter weite Rohre 2888,28 Meter, 80 Millimeter weite Rohre 42 403,53 Meter, 100 Millimeter weite Rohre 42 710,54 Meter, 125



Millimeter weite Rohre 21 681,34 Meter, 150 Millimeter weite Rohre 9033,32 Meter, 175 Millimeter weite Rohre 1935,96 Meter, 200 Millimeter weite Rohre 8223,73 Meter, 210 Millimeter weite Rohre 750 Meter, 240 Millimeter weite Rohre 2014,25 Meter, 262 Millimeter weite Rohre 295 Meter, 290 Millimeter weite Rohre 600 Meter, 300 Millimeter weite Rohre 5013,75 Meter, 314 Millimeter weite Rohre 849 Meter, 366 Millimeter weite Rohre 138 Meter, 400 Millimeter weite Rohre 501,55 Meter, 420 Millimeter weite Rohre 205 Meter, 450 Millimeter weite Rohre 792,60 Meter, 500 Millimeter weite Rohre 1829,55 Meter, 600 Millimeter weite Rohre 1157,50 Meter.

Vom 16. Mai bis einschließl. 23. August 1910 ist die Versorgung des gesamten Abgabebereiches durch die Anstalt I allein bewirkt worden, in der übrigen Zeit von beiden Anstalten.

Gas erzeugung. An Gasföhlen wurden verarbeitet: Anstalt I: 15 122 174 Kg. westfäl. 9 883 481 Kg. engl. Anstalt II: 6 342 624 westfäl. Zusammen 21 464 818 Kg. westf. 9 883 481 engl. Ueberhaupt 31 348 299 Kg. im Werte von 594 652,56 Mf., dagegen im Vorjahre 32 293 964 Kg. im Werte von 597 399,30 Mf., weniger 885 665 Kg., weniger Wert 2746,44 Mf.

Der Kohlenpreis betrug frei Anstalt hier: frei westfälische Kohlen 19,49 für 1000 Kg. gegen 19,15 Mf. im Vorjahre, für englische 17,55 Mf. für 1000 Kg. gegen 16,41 Mf. im Vorjahre.

Der Durchschnittspreis für eine Tonne vergaseter Kohlen stellt sich auf 0,44 Mf. höher als im Vorjahre.

Die Gas erzeugung betrug auf der Anstalt I: 8 646 150 Kubikmeter, auf der Anstalt II: 1 965 540 Kubikmeter, zusammen 10 611 690 Kubikmeter gegen 10 244 340 im Vorjahre. Der Gasverbrauch beträgt: 508 391 Kubikmeter oder 4,78 Prozent der Abgabe gegen 500 960,03 Kubikmeter oder 4,89 Prozent im Vorjahre. Verwertet sind: 10 120 009 Kubikmeter, gegen 9742 479,97 Kubikmeter im Vorjahre, mithin 377 619 Kubikmeter oder 3,88 Prozent mehr. Stärkste Gas erzeugung im Dezember 1 317 410 Kubikmeter gegen 1 297 100 Kubikmeter im Dezember 1909, geringste Gas erzeugung im Juli 579 300 Kubikmeter, gegen 529 070 Kubikmeter im Juni 1909.

Gasabgabe. Von dem im Betriebsjahre von den Gasanstalten abgegebenen Gas sind verwendet worden: 1. für öffentliche Straßen- und Festbeleuchtung 1 801 344 Kubikmeter gegen das Vorjahr mehr 38 854, 2. von den Privatabnehmern und Behörden zu Leuchtzwecken 5 165 410 Kubikmeter (mehr 114 768), zu anderen Zwecken 8 556 881 Kubikmeter (mehr 224 066), 3. auf den Gasanstalten und im Verwaltungsgebäude 96 464 Kubikmeter (weniger 68), Zusammen (nughare Gasabgabe) 10 120 009 Kubikmeter (mehr 377 619); hierzu der Verlust von 508 391 (mehr 7431), ergibt die Gesamtabgabe von 10 628 400 Kubikmeter (mehr 385 050).

Von dem durch die Privatabnehmer zu anderen als Leuchtzwecken verbrauchten Gas entfallen 957 572 Kubikmeter der Abgabe auf den Verbrauch der Gasstrahlmaschinen und den Verbrauch zu gewerblichen Zwecken, 2 599 309 Kubikmeter der Abgabe auf den Bedarf zu Koch- und Heizzwecken. Hierunter befinden sich auch 6720 Kubikmeter, die zum Füllen von vier Luftballons verwendet worden sind. Der Verbrauch für Koch- und Heizzwecke hat gegen das Vorjahr um 87 725 Kubikmeter oder 3,49 Prozent, der Bedarf zu Kraft- und gewerblichen Zwecken um 136 340 Kubikmeter oder 16,60 Prozent zugenommen.

Nebenprodukte. Koks einschließl. Staubföhlen wurden gewonnen: auf Anstalt I 19 719 221 Kg., auf Anstalt II 4 877 211 Kg., zusammen 24 096 432 Kg. im Werte von 404 690,83 Mf., 1909 23 567 100 Kg. im Werte von 379 934,21 Mf.; mehr 1910 529 332 Kg. und 24 768,62 Mf. Der Absatz der zum Verkauf verfügbaren Kokenmenge hat sich betrübend gestaltet. Der Koksverkauf erfolgt nicht mehr nach Höchstmaß, sondern nach Gewicht und sind hierbei im Durchschnitt für 1000 Kg. 1,94 Mf., im Vorjahre 1,93 Mf. erzielt worden.

Teer wurde gewonnen: auf Anstalt I 1 100 905 Kg., auf Anstalt II 324 644 Kg., zusammen 1 425 549 Kg. im Werte von 29 575,28 Mf., 1909/10 1 572 178 Kg. im Werte von 32 186,49 Mf., weniger 149 629 Kg. und 2611,23 Mf. Die Teerzeugung hat sich vermindert, weil im Berichtsjahre weniger Kohlen als im Vorjahre verarbeitet worden sind und die Ausbeute geringer war. Der durchschnittliche Verkaufspreis berechnet sich für 100 Kg. Teer auf 2,06 Mf., im Vorjahre auf 2,07 Mf.

Für die sonstigen bei der Gasbereitung gewonnenen Produkte sind vereinnahmt worden: für 2 527 790 Kg. Ammoniakwasser 24 922,12 Mf., im Vorjahre 30 303,85 Mf., für Graphit 1566,14 Mf., im Vorjahre 1,58 Mf., für ausgenutzte Reinigungsmasse 958,75 Mf., im Vorjahre 9282,60 Mf. Von den für die Kohlen verarbeiteten 684 652,86 Mf. haben insgesamt 462 123,60 Mf. oder 77,71 Prozent durch die Einnahme für die Nebenprodukte Deckung gefunden, im Vorjahre war ein Prozentsatz von 74,63 Prozent erreicht worden.

Strassenbeleuchtung.

Die Zahl der Gaslaternen der öffentlichen Straßenbeleuchtung hat sich im Berichtsjahre um 93 Stück - von 3403 auf 3496 - vermehrt. Davon brannten 2907 die ganze Nacht hindurch, 1189 während der Abendstunden bis 11 Uhr und 18 Stück von 11 Uhr nachts bis früh. Bei den letztbezeichneten 18 Laternen, welche in der Bismarck-, Friedrichs-, Hermanns-, Albrechts-, Krausen-, Glauchaerstraße und einigen anderen Straßen die elektrische Beleuchtung ergänzen, erfolgt das Zünden und Löschen der Flammen durch Zündbühnen.

Außer den in Benutzung genommenen neuen Laternen sind im Berichtsjahre zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Beleuchtung verhältnismäßig eine Anzahl hochleuchtiger Gaslampen zur Aufstellung gekommen. Diese Lampen, welche zurzeit dreifach mit einer Leuchtstärke bis zu 1000 K. R. hergestellt werden, können sowohl an hohen (Kandelaber-)masten als auch an Straßenüberspannungen über Straßenmitte aufgestellt werden und machen äußerlich vollkommen den Eindruck elektrischer Hogenlampen. Abgesehen von dem

verhältnismäßig geringen Gasverbrauch pro K. R. sind auch die Unterhaltungs- und Bedienungskosten so mäßig, daß die Betriebskosten einer 1000 leuchtigen Gaslampe nur einen Bruchteil einer gleichwertigen elektrischen Hogenlampe betragen. Daneben gestatten die hochleuchtigen Gaslampen, eine oder zwei Flammen mit Beginn der Nachtbeleuchtung zu löschen, so daß auch bei Nacht keine Dampfe böllig ausgeföhrt wird wie bei elektrischer Hogenlampebeleuchtung und somit die Lichtverteilung eine günstige bleibt. Die mit den Versuchslampen hier gemachten Erfahrungen lassen es notwendig und wünschenswert erscheinen, solche Lampen künftighin bei der öffentlichen Beleuchtung in größerer Zahl zu verwenden.

Rechnungsergebnisse.

Es betrug der Gesamtgewinn 868 177,61 Mf., nach Abzug der Abschreibungen im Betrage von 204 350,88 Mf. ergibt sich ein Reingewinn von 663 826,73 Mf., gegen den des Vorjahres von 618 269,92 Mf.; mithin mehr 45 556,81 Mf., gleich 7,37 Prozent.

Das Anlagekapital, welches für die Erbauung der Gasanstalten und für die späteren Erweiterungen derselben bis zum Schluß des vorigen Betriebsjahres erforderlich gewesen ist, beträgt 6 043 993,20 Mf. Werden hierzu die in diesem Jahre angewendeten Ausgaben gerechnet mit 66 086,34 Mf., so betragen Ende März die gesamten Anlagekosten 6 710 079,54 Mf. Nach Abrechnung der für die Abnahme bisher zur Abschreibung genommenen Beträge von zusammen 4 041 535,17 Mf., verbleibt ein Buchwert der Gasanstalten von 2 668 544,37 Mf., wovon 1 772 509,78 Mf. als schuldensfreies Eigentum zu betrachten sind. Das gesamte schuldensfreie Vermögen der Gasanstalten beträgt 2 308 243,57 Mf.

Halle'sche Versicherungsschule.

Von Referendar Gustav Jahn.

Es läßt sich wohl schwerlich ein glänzenderer Aufschwung eines Wirtschaftszweiges denken, als der, den das Versicherungsweien und speziell das deutsche in dem letzten Vierteljahrhundert genommen hat. Ununterbrochen, man kann fast sagen, Schlag auf Schlag ist es im letzten Jahrzehnt einem großartigen Aufblühn entgegengegangen und heute stehen wir vor der Vollendung. Im Jahre 1901 hat das Gesetz über die privaten Versicherungsunternehmungen den Aufblüh und die endgültige reichsgesetzliche Gestaltung des Versicherungs- und polizeirechtlichen Rechts, das Jahr 1908 brachte die Kodifikation des privaten Versicherungsrechtes, das Jahr 1910 die neue, dem privaten Rechte angepaßte Gesetz für die preussischen und einige anderen Landesstaaten öffentlichen Feuer- und Lebensversicherungsanstalten (a. B. Meimar, Oldenburg, Sachsen, Hannover), endlich das laufende Jahr 1911 den Aufblüh des Aus- und Umbaus der Reichsversicherungsordnung.

Spürlos konnten diese Erscheinungen an der Theorie nicht vorübergehen und ihre Vorbereitung, Vollendung und Verarbeitung haben zu gleicher Zeit eine neue Wissenschaft entstehen und erblühen lassen, die Versicherungswissenschaft, deren Begriffe die Gründer des Deutschen Vereins für Versicherungswissenschaft, Gertrach und Jahn, und die des Göttinger Seminars für Versicherungswissenschaft, Lexis und Ehrenberg geprägt haben. Freuen ging auch hier, wie gewöhnlich, in Deutschland voran und bereitete der neuen Wissenschaft an der Universität Göttingen eine Stätte. Ihm folgte nach etwa einem Jahre Baden durch Erziehung eines Versicherungsseminars an der Universität zu Freiburg i. Br. und in diesem Jahre Bayern durch Erziehung von Seminaren an seinen sämtlichen drei Universitäten, so daß in dem Winter an fünf Universitäten seminareartige Lehungen in Versicherungswissenschaft gehalten werden. Dazu kommen noch eine Reihe weiterer Universitäten, an denen juristische, volkswirtschaftliche und mathematische Vorlesungen größeren Ausmaßes dem Gebiete der Versicherungswissenschaft gehalten werden, ferner die Handelsschulen in Berlin, Köln, Frankfurt a. M., Leipzig, Mannheim und München. Alle a. S. ist jedoch darunter nicht zu finden. An der Universität der Provinz Sachsen, in deren Gebiet eine Reihe bedeutender Versicherungsanstalten, wie die größte deutsche Feuer- und Lebensversicherungsgesellschaft, die Magdeburger, drei Halle'sche Gesellschaften und die Thüringische in Erfurt, sowie die Magdeburger und die beiden Merseburger Societäten ihr Domizil haben, ist im Vorlesungsprogramm eine Vorlesung über Versicherungsrecht zwar angeündigt, aber sie wird laut Anschlag am schwarzen Brett nicht gehalten.

Am dem Wissen und Erstarben der Versicherungswissenschaft ist aber die Praxis auf das lebhafteste interessiert, denn immer neue Probleme stellen ihr die unendlich mannigfaltigen Erscheinungen unseres nieermüdeten Wirtschaftslebens, und die Versicherungsunternehmungen können nur dann erfolgreich im Feuer des Konkurrenzkampfes bestehen, wenn sie allseitig theoretisch und praktisch durchgebildete Beamte, von welchen bis hinauf zum Generaldirektor, um ihre Föhne scharren. Ein Ausfluß dieser Bestrebungen, einen wissenschaftlich und praktisch tüchtig durchgebildeten Nachwuchs heranzuziehen, sind jene Institute, an denen als Lehrer neben dem Theoretiker der Praktiker wirkt, an denen nicht nur rechtliche, volkswirtschaftliche und mathematische Vorlesungen, sondern auch solche über praktische Thematika, Buchführung, Technologie, Bandunde, Versicherungsrecht gehalten werden, wie z. B. das Lehrinstitut für Feuerversicherungsrecht in Hannover.

Da für die wissenschaftlichen Vorlesungen die Halle'sche Universität verlagert, die Fortbildungsschule für Versicherungslehrende aber nur dienen zugute kommt, es aber doch angezeigt erscheint, daß die Provinz Sachsen nicht anderen Provinzen und Bundesstaaten gegenüber ins Hintertreffen gerät, sollte sich aber wegen ihrer zentralen Lage in der Provinz am besten eignet, will der Verband Halle des Bundes der Versicherungsvertreter Deutschlands dem Gedanken näher treten, in Halle a. S. eine Fachschule zur Aus- und Weiterbildung von Versicherungsbeamten ins Leben zu rufen. Ein erfreulicher Gedanke, dem im Interesse einer vernünftigen Pflege und gezielten Fortentwicklung des Versicherungswesens die Verwirklichung zu wünschen wäre. Und zu verwirklichen wäre der Gedanke sicherlich, wenn die Gesellschaften bei dem großen Interesse, das sie der Ausbildung tüchtiger Beamter entgegenbringen sollten, in materieller Beziehung dem von ihren Vertretern geplanten Unternehmen ihre Unterstützung leisten wollten, und wenn sich die drei Societäten angeschlossen auf einem Gebiet, wo sich die sonstigen privaten und öffentlicher Versicherung - leider! - zu bestehende Gegenstände leicht überblicken ließen. Zu verwirklichen wäre der Gedanke

sicher, wenn man nicht gleich zu hoch hinaus will, denn: Der Anfang ist schwer. Eine Einrichtung, die sich m. E. ohne große Schwierigkeiten und Kosten wird einführen lassen, ist diejenige, wie sie für diesen Winter an der Exportakademie des österreichischen Handelsmuseums geplant ist. Dort sollen wöchentlich zweimal abends Vorlesungen gehalten werden. Aus dem Programm dieser Vorlesungen hebt sich nur hervor die Kurse über Versicherungsrecht, Kapitalanlagen der Versicherungsgesellschaften, Versicherungswirtschaft, Prämiendarstellung und Dividendenhoheit bei der Lebensversicherung, die Beurteilung der Feuerzusage. Daneben Vorlesungen speziell versicherungstechnischer Natur über einzelne Branchen.

Ein Ausfluß dieser Vorlesungen zu einer Versicherungslehre dürfte sich, wenn erst der Anfang gemacht ist, unsehbar bewirken lassen, besonders wenn die erforderliche materielle Unterstützung nicht fehlt und sich die maßgeblichen Organe, insbesondere auch der Stadt, der ein solches Institut lebhaften Zuzug Verbegierter von außerhalb bringen würde, für die Gründung interessierten. Und damit trägt dann Halle a. S. und die Provinz Sachsen in die Reihe der Vorbereiter für eine wissenschaftliche und praktische Durch- und Weiterführung der Arbeiten ein, die der Gelehrte im Laufe der letzten zehn Jahre für das Versicherungsweien geleistet hat.

Auszeichnung. Wie der „Staatsanzeiger“ meldet, wurde dem außerordentlichen Professor der philosophischen Fakultät der Universität Halle a. S., Herrn Dr. Carl Schmidt, der Rote Adlerorden 4. Klasse verliehen.

Schiffslote für billige Preise nach den Vereinigten Staaten von Amerika (10 Pf. für je 20 Gram): „George Washington“ ab Bremen 6. Januar, „Victoria Lull“ ab Hamburg 11. Januar, „President Lincoln“ ab Hamburg 13. Januar, „Vitus Friedrich Wilhelm“ ab Bremen 20. Januar, „Kaiserin Auguste Viktoria“ ab Hamburg 27. Januar, „Kronprinz Wilhelm“ ab Bremen 30. Jan. (Postenschluß nach Antunft der Fräuhöhe). Alle diese Schiffe sind Schnelldampfer oder solche, die für eine bestimmte Zeit vor dem Abgang die schnellste Beförderungsmöglichkeit bieten. Es empfiehlt sich, die Briefe mit einem Leitwerk, wie „direkter Weg“ oder „über Bremen oder Hamburg“, zu versehen. Die Postermöglichkeit erstreckt sich nur auf Briefe, nicht auch auf Postkarten, Drucksaften usw. und gilt nur für Briefe nach den Vereinigten Staaten von Amerika, nicht auch nach anderen Gebieten Amerikas, z. B. Canada.

Konzert zum Besten des Hauspflegevereins in Halle. Auf dieses Konzert, welches am 10. Januar abends 7½ Uhr im Saale der „Lage zu den drei Deegen“ stattfindet, wird nochmals hingewiesen. Mitwirkende sind Fräulein Elise Cantor und die Herren J. Rembau, Dr. Camer und Chordirektor Klamer. Karten zu 3, 2 Mf., 1,50 Mf. und 1 Mf. bei Heinrich Sathorn und an der Abendkasse.

Feuer durch den Weihnachtbaum. In der Wegscheiderstraße Nr. 29 fiel gestern gegen Abend der Weihnachtsbaum, den man eben angezündet hatte, um und verursachte einen Brand. Die Feuerwehr wurde eilends requiriert; die Gefahr war rasch beseitigt.

Vereins- und Versammlungsnachrichten.

Die Anhaltiner Vereinigung feierte am 29. Dezember ihre Weihnachtsfeier durch Konzert der Henschel'schen Kapelle, Theater und Ball. Das Weihnachtsfest „Königlein Gretel“ wurde von Kindern der Mittelschule unter Leitung des Herrn Hoffmann durchgeführt. Der Tanz hielt die Mitglieder bis zum frühen Morgen zusammen. Die Anhaltiner Vereinigung bewirkt das kameradschaftliche Zusammenhalten der in Halle wohnenden Anhaltiner. Bedenkens ist daher immer gern geföhne Gaste.

Halle'scher Brevierverein. Der August im Englischen, 1. Teil (Revisor Herr Rektor Dr. J. J. J. J.) beginnt am Freitag, den 5. Januar, 7 Uhr im Vereinslokal.

Volkshilfsverein. Am Freitag, 5. Januar, 8¼ Uhr, findet ein „Pantomimeapphische Abend“ statt. Das Stiftungsfest wird am 6. Januar 8 Uhr in den Festsaal abgehalten; außer Konzert wird Ballett, Theater und Ball stattfinden. Eintritt 30 Pf. Am 17. Januar, 8¼ Uhr, wird Herr Dr. Kaufmann in einem sehr interessanten Sonder-vortrag „Chemische Winde für den Haushalt und das tägliche Leben“ im Neumarkt-Spühenhaus sprechen. Eintritt 20 Pf.

Provinzialnachrichten.

Bermächtnis.

Eisleb. 1. Jan. Die kürzlich in Koburg durch Gift freiwillig gestorbene Privatier Frau Sophie hat u. a. ihrer Vaterstadt Eisleb 190 000 Mf. zur Gründung eines Nauoleums und dessen Unterhaltung vermacht.

Erbengeld.

Magdeburg. 2. Jan. Der Handelsmann Waldmann hatte gestern vormittag mit seiner Frau Bettine Auseinandersetzungen, die damit endeten, daß Waldmann einen Revolver ergriß und auf seine Frau mehrere Schüsse abgab, die ihren sofortigen Tod herbeiführten. Unnützlich riefte der Täter die Wasse gegen sich selbst und erschoss sich ebenfalls.

Treuen. 2. Jan. (Lebensmüde.) Der Arbeiter Klein hat sich heute vormittag im Arrestraum der Grube Wilhelm erhängt. Die Ursache des Selbstmordes ist nicht bekannt.

Pölkchen. 1. Jan. (Füchtigt.) Der 18 Jahre alte Buchhalter Otto Damscher des Herrn Amtsratsrichters und Rittersgutsbesizers Wüdeke hier entwendete aus dem Welschbrant und dem Kiste im Amtszimmer etwa 2500 Mf. Amts- und Privatgeld und ist seit heute abend flüchtig.

Heiligabend. 1. Jan. (Zur Föhung der Fischzucht) Im Kreise Heiligabend hat der Kreisföhreiner im letzten Jahre wieder eine ungemein rege und erfolgreiche Tätigkeit entfaltet. Mit Unterstützung des Provinzialvereins und des Fischereivereins für den Regierungsbezirk Erfurt wurden im letzten Jahre insgesamt 83 000 Stück Fischbrut der verschiedenen Sorten in die fließenden und stehenden Gewässer des Kreises ausgeföhrt. Wie die eingegangenen Berichte dartun, hat sich die Brut überall gut entwickelt.

Sangerhausen. 2. Jan. (Unfallsfall über Selbstmord?) Gestern Abend wurde in Groß-Leinungen im Hause seiner Mutter der 18jährige Schädlerlehrling Walter Kühne mit einem Schusse im Kopfe schwer verletzt aufgefunden. Die hiesige Sanitätskolonne brachte ihn noch in der Nacht mittels Krankenwagens nach Halle in das Krankenhaus „Bergmannstrost“, wo er hoffnungsvoll darniederliegt. Ob ein Unfallsfall oder Selbstmord vorliegt, muß erst die Untersuchung ergeben.

